

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 28. März 1958

Blatt 549

Ehe- und Familienberatung

=====

28. März (RK) Die Ehe- und Familienberatungsstelle des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, Magistratsabteilung 12, 1, Gönzagastraße 23, hält am Karfreitag keine Beratungsstunden ab. Die Beratungen am Dienstag, den 1. April, und am Dienstag, den 8. April, finden statt.

- - -

Eduard Veith zum Gedenken

=====

28. März (RK) Auf den 30. März fällt der 100. Geburtstag des Malers Eduard Veith.

Zu Neutitschein in Mähren geboren, kam er schon frühzeitig nach Wien, studierte an der Kunstgewerbeschule und schloß seine Ausbildung in Paris ab. Veith besaß eine vielseitige dekorative Begabung. Er schuf Fresken, Theatervorhänge, Gemälde mit mythologischen und historischen Darstellungen, Landschaftsaquarelle und vor allem Porträts. Viele Schauspieler wurden von ihm in Bildnissen festgehalten. In Gesellschaftskreisen war er als Frauenmaler sehr geschätzt. Der Künstler starb am 18. März 1925 in Wien.

- - -

Brand in der Möbelfabrik Pospischil
=====

28. März (RK) Heute nacht, um 1.51 Uhr, brach im Holzlager-
raum der Möbelfabrik Pospischil, 5, Hollgasse 1-7, ein Brand aus.
Bei Ankunft der ersten Löschmannschaften brannte gelagertes
Schnittholz, Sperrplatten und Leisten; aus den Fenstern aller
sechs Stockwerke des Fabriksobjektes drangen bereits dichte Rauch-
wolken. Der Brand drohte jeden Augenblick auch auf das angrenzende
Maschinenhaus überzugreifen. Der Feuerwehr der Stadt Wien, die
unter dem Kommando von Oberbrandrat Dipl.-Ing. Havelka mit drei
verstärkten Bereitschaftszügen und schweren Atemschutzgeräten aus-
rückte, gelang es durch rasches und tatkräftiges Eingreifen einen
Millionenschaden zu verhindern. Ein Betriebsangehöriger der Möbel-
fabrik, der in den Flammen eingeschlossen war, wurde von den Feuer-
wehrmännern geborgen und dem städtischen Rettungsdienst übergeben.
Wenige Minuten nach 3 Uhr war der Brand gelöscht.

- - -

Wiener Fremdenverkehr im Februar
=====

28. März (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffent-
licht soeben den Bericht über den Fremdenverkehr im Monat Februar.
Nach den Meldungen der Wiener Beherbergungsbetriebe hielten sich
im Berichtsmonat insgesamt 32.188 Fremde in Wien auf, darunter
15.423 Besucher aus dem Ausland. Es wurden 93.814 Übernachtungen
gemeldet.

Die meisten ausländischen Gäste kamen aus der Deutschen Bundes-
republik, nämlich 3.702. Aus den Vereinigten Staaten sind 1.834,
aus Italien 1.100, aus der Schweiz 886 und aus Großbritannien 866
Besucher nach Wien gekommen.

In den Jugendherbergen waren 1.397 Jugendliche einquartiert,
darunter 421 Ausländer.

- - -

Wiener Gemeinderat beschließt Stiftung der Kainz-Medaille
=====

28. März (RK) Der Wiener Gemeinderat genehmigte heute ohne Debatte die Stiftung der "Josef Kainz-Medaille der Stadt Wien" anlässlich des 100. Geburtstages des berühmten Wiener Schauspielers. Mit der Medaille werden alljährlich am 20. September, dem Todestag von Kainz, ein Schauspieler und eine Schauspielerin für die beste schauspielerische Darstellung und ein Regisseur für die beste Regieleistung des Jahres an einer Wiener Bühne ausgezeichnet. Die Kainz-Medaille wird vom Bürgermeister verliehen. Auch ausländische Künstler können sie erhalten, doch ist die Verleihung nur einmal möglich.

Die Medaille wurde vom akad. Bildhauer Prof. Rudolf Schmid entworfen und wird in Bronze gegossen. Der Durchmesser der Medaille beträgt acht Zentimeter. Auf der Vorderseite ist ein Porträtrelief von Josef Kainz zu sehen, auf der Rückseite die Schrift "Josef Kainz-Medaille der Stadt Wien - an^(Name) für die beste schauspielerische Leistung des Jahres" . Zugleich mit der Medaille, die nicht zum Tragen bestimmt ist, wird der ausgezeichneten Persönlichkeit eine Brosche, bzw. eine Nadel überreicht, die die Medaille in verkleinerter Form zeigt.

- - -

Konstituierung der Wiener Landwirtschaftskammer
=====Angelobung des Präsidenten durch Landeshauptmann Jonas

28. März (RK) Im Wiener Rathaus fand heute vormittag im Beisein von Landeshauptmann Jonas, Stadtrat Bauer und Landesamtsdirektor Dr. Kinzl die Konstituierung der Wiener Landwirtschaftskammer sowie die Wahl und die Angelobung ihres Präsidenten statt.

Der Vorsitzende der konstituierenden Sitzung, Nationalrat Walla, gab in seiner Begrüßungsansprache an den Landeshauptmann der Zuversicht auf eine gute Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Vertretern der Wiener Landwirtschaft zum Wohle der Kammermitglieder so wie auch der Konsumenten Ausdruck.

Bei der Abstimmung wurde dann der Wiener Gemeinderat Dr. Dipl.-Ing. Hengl mit 17 Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt. Sechs Kammerräte legten leere Stimmzettel in die Wahlurne. Landeshauptmann Jonas nahm dann die Angelobung des gewählten Präsidenten vor. Er verwies in seiner Ansprache auf die besondere Bedeutung dieser Konstituierung, mit der das lange Interregnum einer Periode zu Ende geht, in der die Wiener Landwirtschaft nicht recht gewußt hatte, wohin sie gehört. Die Gründung der Wiener Landwirtschaftskammer wurde zwar von den Parteien 1945 beschlossen, dem Zustandekommen aber stellten sich immerwieder Hindernisse entgegen. Nun kann die Kammer als gesetzmäßige Berufsvertretung von 2.500 in der Wiener Landwirtschaft hauptberuflich tätigen Mitgliedern ihre Arbeit aufnehmen. Unter den wichtigsten Gesetzen, die nun zu beschließen wären, nannte er das landwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, das Buschenschankgesetz und das Körnungsgesetz. Abschließend dankte er der Landwirtschaftskammer für Niederösterreich für die bisherige Betreuung der Wiener Landwirte. Der Wiener Landwirtschaftskammer wünschte er die besten Erfolge zum Wohle aller Kammermitglieder und der gesamten Wiener Bevölkerung.

Präsident Dr. Dipl.-Ing. Hengl dankte der Stadtverwaltung für ihre Unterstützung bei der Gründung der Wiener Landwirtschaftskammer und beschäftigte sich dann mit den ihr bevorstehenden Aufgaben.

Wiener Landtag

=====

28. März (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek trat der Wiener Landtag heute um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Präsident Marek teilt mit, daß von den Abgeordneten Schmied, Bittner, Hiltl, Dr. Prutscher und Genossen (ÖVP) ein Antrag auf Schaffung eines Familienbeirates eingebracht wurde, den er zur weiteren Behandlung dem Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, zuweist. Über die Besprechung einer Anfrage des Abgeordneten Dr. Soswinski (VO), betreffend Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Landtages, soll vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, die Aufhebung der Überhöhungsabgabe referierte Stadtrat Slavik (SPÖ). Die Überhöhungsabgabe wird in Wien seit dem Jahre 1949 eingehoben. Sie hat sich jedoch nach den städtebaulichen Erkenntnissen der letzten Jahre als nicht zweckmäßig, in manchen Fällen sogar als hinderlich erwiesen. Dazu kommt, daß die Abgabe selbst für das Jahr 1958 nur mehr mit einem Aufkommen von 50.000 Schilling präliminiert war. Dieser Betrag steht in keinem Verhältnis zu dem Verwaltungsaufwand. Der Referent beantragt daher die Außerkraftsetzung des Gesetzes. Rechtskräftig bemessene Abgabebeträge sollen jedoch noch nach den bisherigen Bestimmungen eingehoben werden.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Überhöhungsabgabe einstimmig angenommen.

Eine weitere Gesetzesvorlage, über die gleichfalls Stadtrat Slavik referierte, sieht die Aufhebung der Jagdsteuer vor. Seit dem Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes ist die Jagdausübung in den bei Wien verbliebenen Jagdrevieren nur mehr von untergeordneter Bedeutung. Das Aufkommen an Jagdsteuer ist entsprechend gering. So konnten die Einnahmen für 1958 nur mehr mit 2.000 Schilling veranschlagt werden. Da dieses Aufkommen in keinem Verhältnis zu dem damit verbundenen Arbeitsaufwand steht, soll die Einhebung einer Jagdsteuer im Gebiete der Stadt Wien rückwirkend mit 31. Dezember 1957 außer Kraft treten, doch sind Abgabebeträge, die auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1957 entfallen, noch nach

den bisherigen Bestimmungen einzuheben.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mistingger (SPÖ) berichtet sodann über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Franz Schreiner wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. Der Abgeordnete hatte sich im November des vergangenen Jahres am Gürtel in einer Verkehrsangelegenheit, die fast zu einem Unfall geführt hätte, als Zeuge betätigt. Der Täter, der sich im Laufe einer Auseinandersetzung durch die Äußerung des Abgeordneten, daß er kein Kraftfahrer sondern eine Gefahr für alle anderen Menschen sei und auch nicht unter Menschen gehöre, in seiner Ehre gekränkt fühlte, hat nun die Auslieferung des Abgeordneten verlangt. Das Immunitätskollegium hat sich mit diesem Fall beschäftigt, ist jedoch nicht einhellig zur Überzeugung gekommen, daß man dem Auslieferungsbegehren stattgeben soll. Auf Wunsch des Abgeordneten Schreiner, der seine Auslieferung jedoch selbst verlangt, ersuchte der Berichterstatter, dem Antrag auf Auslieferung zuzustimmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf begründete Abg. Dr. Soswinski (VO) die von ihm eingebrachte Anfrage, betreffend Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Landtages. Er verwies darauf, daß die Bedeutung jenes Tages, an dem die Okkupation Österreichs begann und der sich nun zum zwanzigsten Male jährt, der Jugend unserer Stadt immer wieder vor Augen geführt werden müßte. Dies sollte vor allem dadurch geschehen, daß sich die offiziellen Stellen an einem solchen Jahrestag zu den Helden und Kämpfern und vor allem zum Widerstandskampf jener Zeit in offiziellen Veranstaltungen bekennen. Er mußte daher an den Landeshauptmann und das Präsidium des Landtages die Frage richten, warum dies nicht in einer feierlichen Sitzung im Wiener Landtag zum Ausdruck gebracht wurde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Präsident Marek gab bekannt, daß die Anfrage geschäftsordnungsmäßig behandelt und die Antwort auf schriftlichem Wege erfolgen wird.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Präsident Marek schloß die Sitzung um 11.25 Uhr.

Wiener Gemeinderat

=====

28. März (RK) Im Anschluß daran eröffnete Bürgermeister Jonas die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Von der VO wurden vier Anfragen und von der ÖVP eine Anfrage eingebracht. Die Gemeinderäte Dr. Soswinski und Genossen (VO) stellten einen Antrag auf Einführung eines Pendelverkehrs auf der Straßenbahnlinie G₂ zwischen Hohe Warte und Gürtel.

Die Gemeinderäte Hiltl, Dr. Wollinger, Skokan und Genossen (ÖVP) haben einen Antrag auf Errichtung weiterer Straßenbahn-Wartehäuschen am Ring vorgelegt. Die Gemeinderäte Ing. Lust, Wohlmuth, Dipl.-Ing. Gruber und Genossen haben die Instandsetzung der Hermesvilla beantragt und die Gemeinderäte Dr. Wollinger, Walzer, Tschak und Genossen haben einen Antrag, betreffend Unterstützung der Geschäftsleute auf dem Südtiroler Platz, eingebracht. Ein Antrag der Gemeinderäte Hiltl, Bittner, Zink und Genossen befaßt sich mit Lehrmittel für Schüler an den privaten Pflichtschulen mit Öffentlichkeitsrecht. Die dringliche Behandlung wurde verlangt.

Der für den bisherigen Gemeinderat Sajdik (ÖVP), der sein Mandat zurückgelegt hat, zum ersten Male im Haus erschienene Ministerialrat Dr. Franz Weninger wurde als Gemeinderat angelobt.

Hierauf wurden Nachwahlen in die Gemeinderätliche Personal-kommission, den Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien sowie in den Gemeinderatsausschuß für Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen vorgenommen. Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wurde in die Gemeinderätliche Personal-kommission Gemeinderat Michael Mann (SPÖ), in den Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien GR. Jodlbauer und Regierungsrat Direktor Fronauer (SPÖ) und in den Gemeinderatsausschuß für Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen GR. Skokan (ÖVP) gewählt.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) referiert einen Antrag, als Beitrag der Stadt Wien zum Gewerbesteuer-spitzenausgleich für dieses Jahr 13,9 Millionen Schilling zu genehmigen. Wie der Redner ausführt, würden die Mittel für den Gewerbesteuer-spitzenausgleich so aufgebracht, daß bei Gemeinden, deren Steueraufkommen 450 Schilling pro Kopf übersteigt, ein Teil des Mehrbetrages abgeschöpft wird.

Für Wien wird mit einer Kopfquote von 476 Schilling gerechnet, sodaß sich ein Betrag von 13,9 Millionen Schilling ergibt.

Dr. Soswinski (VO) nimmt gegen den Antrag Stellung und meint, es wäre Zeit, eine neue Abgabenteilung durchzusetzen. Das ganze Konzept des gegenwärtigen Finanzausgleiches sei falsch und vor allem für Wien verderblich. Es dürfe keinen neuen Belastungen für Gemeinden und Länder zugestimmt werden, wenn nicht gleichzeitig den Ländern und Gemeinden neue Steuereinkommen überlassen werden. Abschließend sagte der Redner, er lehne den Antrag des Referenten ab, weil seine Fraktion keine Mitverantwortung zu dem bestehenden Finanzausgleich übernehmen könne.

GR. Dr. Bohmann weist im Schlußwort darauf hin, daß der Finanzausgleich Bundessache sei und die Ergebnisse auf Bundesebene erzielt werden. Der heutige Antrag ist nur eine Folge dieser Ergebnisse. Die Berechtigung für den Gewerbesteuerpitzenausgleich liegt darin, daß den industriearmen Gemeinden finanzielle Zuschüsse auf Kosten der bessergestellten Gemeinden gegeben werden sollen. Abschließend betont der Redner, der Finanzausgleich sei keine unabänderliche Sache, sondern in dauernder Entwicklung begriffen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen der VO angekommen.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) referiert über die Durchführung der Kinderlähmungsimpfung. Bei diesem Antrag handelt es sich, wie der Referent ausführt, um die Bestätigung einer schon erfolgten Verfügung des Wiener Stadtsenates. Der Inhalt des Antrages ist der Öffentlichkeit bereits bekannt. Er sei glücklich darüber, dem Gemeinderat diese Anträge zur nachträglichen Genehmigung vorlegen zu können und er hoffe, daß die Durchführung der Impfkampagne eine wirksame Bekämpfung dieser gefährlichen Krankheit darstellen werde. 35.000 Kinder könnten kostenlos geimpft werden und, wenn man die Kinder dazuzählt, die nur gegen Ersatz der Impfkosten von der Aktion erfaßt werden, beläuft sich die Zahl auf ungefähr 100.000. Bedauerlich sei, daß bis gestern erst 8.000 Kinder zur Impfung gekommen sind. Vizebürgermeister Weinberger appelliert daher an die Eltern nochmals: "Laßt Eure Kinder rechtzeitig, und zwar noch bis 15. April impfen!"

Abschließend betont der Gesundheitsreferent, daß er sich bei der Durchführung der Aktion und bei der Auswahl der Impfstoffe nur von sachlichen Gesichtspunkten habe leiten lassen. Er habe sich streng an das Gutachten des Landessanitätsrates von Wien gehalten. Er betone dies, weil einmal Vorwürfe in dieser Richtung erhoben wurden.

Dr. Christoph (VO) gibt zunächst seine Zustimmung zu den Anträgen des Referenten. Er freue sich, daß nach jahrelangen Bemühungen seiner Fraktion die Impfkation endlich durchgeführt werde. Der Redner bemängelt jedoch, daß man die Bevölkerung zu wenig über die Impfkation aufgeklärt habe, wodurch der bisherige Erfolg den Erwartungen nicht entsprochen hat.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) bezeichnet die heute zu beschließende Impfkation als eine Großtat, die besonders von den Ärzten begrüßt wird. Dieser Erfolg ist auf die jahrelangen Bemühungen des Vizebürgermeisters Weinberger zurückzuführen. Nun ist es endlich durch die Herstellung eines vollständig ungefährlichen Impfstoffes zur Durchführung der Impfkation gekommen. Der Redner dankt unter dem Beifall der Gemeinderäte der ÖVP Vizebürgermeister Weinberger für seine Bemühungen, die sich würdig an die Maßnahmen zur Bekämpfung des Krebses, der Tuberkulose und an die Arbeit der Gesundenuntersuchungsstellen anknüpfen. Es sei zu hoffen, daß auch diese Impfkation von den gleichen Erfolgen begleitet ist. Die jetzt laufende Impfkation soll nur ein Anfang sein. Es sollen nach einiger Zeit auch breitere Kreise in die Aktion einbezogen werden können. Das anfängliche Zaudern der Bevölkerung und die nur zögernde Teilnahme an den Impfungen dürfe nicht mißmutig machen. Man müsse die Bevölkerung besser in die Details dieser Impfung einführen und ihr die große Wichtigkeit klarmachen. Es sollte hierzu ein Aufklärungsblatt aufgelegt und auch Presse und Rundfunk herangezogen werden. Die in Österreich verwendeten Impfstoffe sind alle erstklassig. Die Impfungen bestehen aus insgesamt drei Spritzen. Die ersten zwei erfolgen in Abständen von vier Wochen, die dritte Spritze wird nach einem halben Jahr vorgenommen. Schon nach der ersten Spritze ist bereits ein deutliches Ansteigen des Antikörpers im Blut zu verzeichnen. Jeder zu Impfende muß jedoch vor der Impfung genauestens auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden. Die Impfungen verlaufen dann ohne jede Komplikation. Wohl können auch Geimpfte

an Kinderlähmung erkranken, doch treten bei ihnen keine Lähmungen auf und es war auch noch kein einziger Todesfall zu verzeichnen.

GR. Dr. Jakl (SPÖ) verweist darauf, daß Wien das erste Bundesland und die erste Gemeinde Österreichs ist, in der die Schutzimpfung gegen Kinderlähmung durchgeführt wird. Diese Maßnahme schließt sich würdig an die Leistungen Professor Tandlers an, der gezeigt hat, daß die sogenannte Wiener Krankheit, die Tbc, erfolgreich bekämpft werden kann. Weil die Kinderlähmung jedoch nicht in einem solchen Ausmaß auftrat wie die Tbc, steht die Bevölkerung der Impfung leider etwas zu sorglos gegenüber. Es bestehe bei einer solchen Krankheit jedoch immer die Gefahr einer Epidemie und gerade dieser Gefahr wolle die Wiener Gemeindeverwaltung entgegen treten. Vor einigen Wochen hat Bürgermeister Jonas erst im Wilhelmspital eine Kinderlähmungs-Behandlungsstation eröffnet. Dort wird alles notwendige nach den neuesten Methoden zur Behandlung und Heilung der Folgeerscheinungen nach Kinderlähmung unternommen. Man müßte die Eltern darauf aufmerksam machen, daß sie rechtzeitig vorbeugen und ihre Kinder impfen lassen sollen. Es sei sehr bedauerlich, daß bis jetzt nur rund 8.000 Kinder von dieser Impfung Gebrauch gemacht haben. Zirka 120.000 Kinder kommen aber in Frage. Eine entsprechende Propaganda für die Impfung wäre sehr notwendig. Der Redner richtet in diesem Zusammenhang das Ersuchen an alle zuständigen Institutionen, auch das ihre dazu beizutragen, daß die Kinder gegen Kinderlähmung geimpft werden. So sei es bedauerlich, daß während der Kinderlähmungsimpfung die Kinder gegen Tuberkulose und Pocken geimpft werden und die Eltern sich dann beschwerten, daß sie keine Ahnung hatten, daß nach diesen Impfungen erst nach zwei Monaten eine Impfung gegen Kinderlähmung vorgenommen werden kann. Bei der Kinderlähmung bestehe jedoch wirklich Zeitnot, da die Impfungen ja dreimal erfolgen müssen, die Kinderlähmung bekanntlich aber eine Krankheit ist, die gerade während der Sommermonate auftritt. Der Redner stellt abschließend fest, daß die Gemeindeverwaltung auch auf diesem Gebiete die Lehren Tandlers als Richtschnur genommen hat, daß vorbeugen besser ist als heilen. Er dankt dem Finanzreferenten der Stadt Wien, der die notwendigen Mittel für diese Aktion bereitstellte und auch den Wiener Steuerzahlern, die diese Mittel aufgebracht haben.

Vizebürgermeister Weinberger dankt seinen Vorrednern für die zustimmenden Worte. Es sei richtig, daß die Wiener Bevölkerung eine gewisse Zaghaftigkeit gegenüber der Impfkation hatte. Man müsse jedoch immer wieder betonen, daß es bei den Impfungen keine einzige nachteilige Auswirkung gab. Sicherlich wird die Propaganda verstärkt werden müssen. Er habe es als selbstverständlich angenommen, daß auch die Schulbehörden aufklärend für diese Aktion wirken werden, da dies jedoch nicht geschehen ist, richte er abermals das Ersuchen an die Lehrerschaft, auf die Kinder und Eltern aufklärend einzuwirken. Die Verschiebung des Beginnes der Impfkation war auf wiederholte Rückfragen zurückzuführen, die sich jedoch als notwendig erwiesen haben. Von den Vorrednern wurde auch wiederholt auf die Sorglosigkeit der Eltern hingewiesen. Man müßte ihnen die Behandlungsstation im Wilhelminenspital zeigen können, damit sie sehen, welche schrecklichen Folgen zurückbleiben können. Die Folgen der Kinderlähmung sind auch heute noch sehr böse und die Eltern müßten sich daher große Vorwürfe machen, ließen sie die Impfung nicht rechtzeitig vornehmen. Das verlangte Aufklärungsblatt wird vom Gesundheitsamt herausgegeben werden. Der Vizebürgermeister richtet abschließend nochmals an alle Wiener Eltern den Appell, ihre Kinder impfen zu lassen und sie damit vor einer der schrecklichsten Krankheiten zu schützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Hierauf referierte Stadtrat Thaller (SPÖ) über den Umbau des ehemaligen Irigittaspitals in ein Schülerinternat mit einem Kostenanfordernis von 7,5 Millionen Schilling.

GR. DDr. Dkfm. Prutscher (ÖVP) bedauerte es, daß die Chance, ein ehemaliges Spital wieder für Spitalzwecke einzurichten, verpaßt wurde, wobei er insbesondere kritisierte, daß das Stadtoberhaupt die berufenen Vertreter der Ärzteschaft, die Mandatäre der Ärztekammer, nicht anhörte. Eine Aussprache mit den Fachleuten sei eben unerwünscht, wenn es nicht gerade ins Schema paßt.

Auch der Vorschlag, ein Gesellenheim zu errichten, konnte bei der Mehrheit des Gemeinderates nicht durchgesetzt werden. Besonders bezeichnend erscheint dabei die Art und die Begründung, mit welchen das Gesellenheim und insbesondere seine Führung zum Beispiel durch das Kolping-Werk oder die Salesianer abgelehnt wurde. Statt froh zu sein, daß sich hier eine private Initiative regt,

eine religiöse Genossenschaft eine beachtliche soziale Aktivität an den Tag legt und daß solche Institutionen bereit sind, der Gemeinde nicht nur Aufgaben abzunehmen, sondern auch Geld zu ersparen, haben die maßgebenden Herren bei den Verhandlungen erklärt, daß es niemals in Frage käme, daß die SPÖ eine solche Einrichtung einem klerikalen Verein übergeben wird. Und diese Feststellung war noch von gehässigen Bemerkungen begleitet, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließen. Wenn etwas von den fachlich berufenen Leuten vorgeschlagen wird, dann gibt es keine Diskussion, sondern nur ein Njet.

Wir müssen es wirklich sehr bedauern, daß, wenn etwas für die Patienten im Einvernehmen mit den praktizierenden Ärzten geschehen soll, es nicht einmal einer ernsthaften Prüfung für Wert erachtet wird. Auch die Meinung des zuständigen Stadtrates gilt dann nichts, wenn die Mehrheit es anders wünscht. Mitsprechen, Mitdenken, Mitverantworten, das gibt es leider nur für die Propaganda oder für jemanden, der genau in Parteischlagworten denkt.

Dieser Akt liefere einen wertvollen Beitrag zur Beurteilung der neuen weltanschaulichen und kulturpolitischen Linie, die die SPÖ in ihrem Parteiprogrammentwurf vorgebracht hat. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Beschließen Sie es ruhig in dieser Form, das tut uns gar nicht weh! - Man sieht aus diesem Verhalten in der Praxis die gehässige Haltung gegenüber der Sozialarbeit bewährter Organisationen, die für die SPÖ wahrscheinlich nach wie vor den Nachteil haben, mit ihrem Bekenntnis nicht nur eine Fassade darzustellen und für die Wähler da zu sein, sondern die ihre religiösen Grundsätze auch im Leben anwenden wollen. In diesem Fall sieht man die Wirklichkeit gegenüber dem Tratsch in den Zeitungen und Programmen. Sie liefern das Tatsachenmaterial für Ihre Haltung und zeigen, was von den Grundsätzen, die Sie neuerlich zu vertreten vorgeben, in Wirklichkeit zu halten ist. Was wir aber auf das tiefste bedauern, ist, daß hier ein echtes Anliegen der Kranken und Ärzte nicht durchgesetzt werden konnte, nämlich durch dieses Projekt die Bettennot zu lindern. Aus diesem Grunde können wir diesem Akt unsere Zustimmung nicht geben. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort vertrat Stadtrat Thaller die Ansicht, daß die Gemeinde Gesellen, also Selbstverdienern gegenüber keine besonderen Verpflichtungen habe. Dagegen sei die Errichtung eines

Schülerinternates ein Stück Familienpolitik. Die Wiederinstandsetzung dieses Gebäudes als Spital hätte mindestens die doppelten Kosten wie die für die Errichtung des Internates erfordert. Hätten sich Private gefunden, die dieses Gebäude als Spital wiedererrichten wollen, hätte die Gemeinde das Gebäude der Vereinigung wahrscheinlich vermietet. Die Gemeinde hat bereits eine ganze Reihe von kriegsbeschädigten Spitälern wieder instandgesetzt. Man braucht ihr keinerlei Vorwürfe zu machen, daß sie auf dem Gebiet des Spitalwesens nicht alles getan hätte, was zu tun ist. Wenn Vorwürfe gemacht werden, sind sie absolut unberechtigt.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage gegen die Stimmen der ÖVP angenommen.

Über die Aufnahme eines Darlehens von 250 Millionen Schilling bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und eines Darlehens von 120 Millionen Schilling bei der Wiener städtischen Versicherung für die Wiener Stadtwerke referierte Stadtrat Slavik (SPÖ). Er hob hervor, daß die durch die Darlehen möglichen Investitionen dazu dienen sollen, dem steigenden Bedarf bei Gas und Strom auch in den nächsten Jahren gerecht zu werden und die Verkehrsbetriebe zu modernisieren. Darüber hinaus sollen durch die Investitionen Mehreinnahmen erzielt oder Minderausgaben erreicht und so die wirtschaftliche Lage der Stadtwerke verbessert werden. Schließlich werden auch die mit den Investitionen verbundenen Aufträge für viele Betriebe von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung sein.

GR. Soswinski (VO) bemerkt, daß die vorliegenden Anträge die größte Kreditoperation darstellen, die der Wiener Gemeinderat jemals genehmigen sollte. Der Redner bemängelt daher, daß darüber so wenig Einzelheiten bekannt geworden sind. Man wisse auch nicht, welche Folgen diese Verschuldung haben werde. Dr. Soswinski meinte auch, daß durch die Aufnahme der Kredite keine entscheidende Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Wien erwartet werden könne. Er fragte in diesem Zusammenhang, was nun eigentliche mit der Alweg-Bahn sei. Man müsse doch genau wissen, daß mit diesen Darlehen das von der Gemeinde Wien beeinflusste Kreditvolumen ausgeschöpft wird. Woher will man bei Investitionen für neue Projekte später das Geld herbekommen? Der Redner bezeichnet die vorliegenden An-

träge als einen Erfolg der Volkspartei, der aber eine Gefährdung der Stadt Wien darstelle. Er beantragt daher die Zurückweisung der Anträge an die Gemeinderatsausschüsse für Finanzen und für die Städtischen Unternehmungen.

Stadtrat Slavik stellt grundsätzlich fest, daß sich der Standpunkt seiner Partei über die Aufnahme von Anleihen im Verlauf der Jahre nicht geändert hat: Die Stadt Wien dürfe bei Krediten nicht in eine wirtschaftliche Abhängigkeit geraten, und wenn Anleihen aufgenommen werden, müßten sie so verwendet werden, daß sie für die Bevölkerung einen wirtschaftlichen Vorteil bringen. Die rasche Durchführung eines Investitionsprogrammes bedeutet unzweifelhaft einen wirtschaftlichen Vorteil, daher hat man sich zu der Aufnahme von Krediten entschlossen. Stadtrat Slavik betonte, daß sicherlich in den nächsten Jahren noch manche Probleme auftauchen werden. Wir können heute nur abschätzen aber nicht apodiktisch erklären, so und so würde es sein. Was die Alweg-Bahn betrifft, so werde das Gutachten der Fachleute voraussichtlich Anfang Mai fertiggestellt sein. Unbestreitbar sei jedoch die Tatsache, daß durch die Kredite die Möglichkeit zur Durchführung von Investitionen geschaffen wird und dazu könne der Wiener Gemeinderat mit ruhigem Gewissen seine Zustimmung geben.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge der VO gegen die Stimmen dieser Fraktion abgelehnt, die Anträge des Referenten einstimmig angenommen.

Stadtrat Slavik (SPÖ) referiert dann über die erste Subventionsliste 1958. 14 Subventionen im Gesamtbetrag von 490.000 Schilling sollen genehmigt werden.

GR. Dr. Dkfm. Fiedler (ÖVP) greift eine Post der Subventionsliste heraus, und zwar 250.000 Schilling für den Verein für soziale Wohnkultur. Seine Fraktion sei nicht in der Lage, dieser Subvention ihre Zustimmung zu geben, da es nicht klar sei, wofür der Betrag Verwendung finden soll. Er weist darauf hin, daß der Verein 30 Millionen Schilling zinsenlose Darlehen erhalten hat und vertritt die Ansicht, daß für alle Erzeuger die gleichen Chancen und die gleichen Wettbewerbsbedingungen gegeben sein sollen. Der Redner weist auch darauf hin, daß die SW-Möbelaktion nun ebenfalls Rundbaumöbel in ihr Programm aufgenommen hat. Der Fehler der Subventionierung liege darin, daß die Subvention nicht für das

einzelne Möbelstück gegeben wird, sondern für einen Verein. Der Redner verlangt, daß diese Post von der Tagesordnung abgesetzt wird, damit man darüber Klarheit schaffen könne, wie man am besten die Erzeugung von guten und modernen Möbeln fördert. Seine Fraktion sei gerne bereit über die Angelegenheit zu verhandeln.

Stadtrat Slavik verweist in seinem Schlußwort darauf, daß von der ÖVP über die Subvention an den Verein für soziale Wohnkultur-SW-Möbelaktion bereits im Finanzausschuß und im Stadtsenat eine Diskussion geführt worden ist. Vorgebrachte Beschwerden sollen einer Lösung zugeführt werden, doch sei es nicht am Platz, heute darüber zu diskutieren ob das eine oder andere Möbelstück in die Aktion aufgenommen werden soll oder nicht. Maßgebend sei, daß die SW-Möbelaktion eine außerordentlich große kulturelle Leistung erbracht hat und ihre Tätigkeit sehr fruchtbar ist. Der Verein zeigt in einer Ausstellung eine übersichtliche Schau seiner Erzeugnisse, die bei weiten Kreisen der Bevölkerung großen Anklang gefunden hat. Darüber hinaus werden Architektenberatungen über modernes Wohnen und Kurse über rationelle Haushaltsführung in den Volkshochschulen mit großem Erfolg abgehalten. Alle diese Tätigkeiten sollen auch in Zukunft weitergeführt werden. Die Ausführungen des Gemeinderates Dr. Fiedler müssen daher etwas einseitig erscheinen. Die zinsenlosen Kredite kommen dem Gewerbe und auch den Käufern zugute. Sie sollen ermöglichen, daß die Ratenzahlungen möglichst billig getätigt werden können. Daran ist der Erzeuger, der Händler und auch der Käufer interessiert. Beim Umsatz könne man auch nicht so tun, als handle es sich hier um eine Engrosfirma. Es ist vielmehr ein Verein, der mithilft, daß die Menschen moderne Möbel erwerben können und das Gewerbe immer wieder Aufträge bekommt. Durch das zinsenlose Darlehen wird also nicht der Verein subventioniert, sondern alle daran Beteiligten, und zwar einige Dutzend Erzeuger und viele Kleingewerbetreibende, die durch diese Aktion vielfach schon schöne Mittelbetriebe geworden sind. Es sei daher völlig falsch, diese Aktion politisch zu verzerrern. Gerade die SW-Möbelaktion habe gar nichts mit einer Partei oder mit Politik zu tun. Bei allen Subventionierungen soll nur ausschlaggebend sein, ob der Verein eine Leistung vollbracht hat oder nicht. Gerade bei der SW-Möbelaktion kann niemand ihre grossen Leistungen in Abrede stellen. Der Verein hat für die wirt-

schaftliche und kulturelle Entwicklung unserer Stadt viel getan und soll daher auch unterstützt werden. Wenn die ÖVP glaubt, daß sie die SW-Möbelaktion nicht unterstützen kann, sei das einzig ihre Angelegenheit, die aber bei der Bevölkerung sicher kein Verständnis finden wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wurde die Subventionsliste mit Ausnahme der Post 7 (SW-Möbelaktion) einstimmig angenommen, die Post 7 ohne den Stimmen der ÖVP.

Stadtrat Slavik referiert sodann über eine Subvention an den Wiener Trabrenn-Verein, für den im Rahmen des Internationalen Sommer-Meetings 1958 zu vergebenden "Preis der Stadt Wien" in Höhe von 30.000 Schilling. Die Förderung der Veranstaltung liegt im Interesse des Fremdenverkehrs unserer Stadt und wird seit Jahren durchgeführt.

Dr. Christoph (VO) stellt fest, daß er bereits zum vierten Mal gegen diese Subvention eintritt, da es auch heute noch in Wien Vereinigungen gibt, die wichtigere Arbeit im Interesse der Bevölkerung leisten, als der Wiener Trabrennverein. Er stellt daher den Antrag, die Subvention von 30.000 Schilling der Österreichischen Krebsgesellschaft zu geben. Diese Institution hätte große Aufgaben auf dem Gebiete der Krebsbekämpfung und der Früherkennung des Krebses zu leisten.

Stadtrat Slavik stellt in seinem Schlußwort fest, daß in Wien alle wissenschaftlichen Institute unterstützt werden. Den Antrag seines Vorredners empfiehlt er der Ablehnung, da er nicht zur Sache gehöre. Der Rennsport wird in allen anderen Ländern, auch in den östlichen, unterstützt. Wenn wir aus Fremdenverkehrsgründen Wert darauf legen, daß ein Preis der Stadt Wien gelaufen wird, ist schon wegen des internationalen Interesses auch eine Beteiligung der Stadt Wien unerläßlich.

Der Antrag des GR. Christoph wurde gegen die Stimmen der VO abgelehnt, der Antrag des Referenten ohne die Stimmen der VO angenommen.

Die Tarifänderungen bei den Wiener Stadtwerken

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referiert sodann über die Tarifänderungen bei den Wiener Stadtwerken. Er stellt fest, daß das Problem der Sanierung der Wiener Stadtwerke, vor allem aber das der Wiener Verkehrsbetriebe, die in Betracht kommenden Stellen schon seit dem Herbst 1956 beschäftigt, zu einem Zeitpunkt, als mit der Aufstellung der Voranschläge für 1957 begonnen wurde. Der schließlich im Gemeinderat verabschiedete Voranschlag für dieses Jahr ergab einen Abgang von 314,7 Millionen Schilling, von dem auf die Verkehrsbetriebe allein ein Fehlbetrag von 193,6 Millionen Schilling entfiel. Auf Grund dieses Präliminaries war für das Jahr 1957 nur mehr eine wesentlich niedrigere Investitionssumme in der Höhe von 297,2 Millionen Schilling, an der die Verkehrsbetriebe mit einem Betrag von 66,8 Millionen Schilling partizipierten, unterzubringen möglich. Und auch dies nur unter gleichzeitiger Aufnahme eines Kredites von 100 Millionen bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Die im Jahre 1957 aus früheren Bestellungen getätigten Waggonlieferungen für die Wiener Verkehrsbetriebe waren in der erwähnten Investitionssumme von 66,8 Millionen Schilling noch nicht berücksichtigt.

Angesichts dieser Situation waren sich die beiden Koalitionsparteien darüber einig, daß das erstellte Budget nur eine Übergangslösung darstellen könne und daß man möglichst rasch noch im ersten Halbjahr 1957 Verhandlungen über eine Sanierung der Wiener Stadtwerke, bzw. der Verkehrsbetriebe einleiten müsse.

Seit dem 23. Juli 1957, an dem die erste Parteienverhandlung in diesem Zusammenhang stattfand, bis zum 12. März 1958 fanden insgesamt 14 Sitzungen des Koalitionsausschusses statt, denen eine Unzahl von Sonderberatungen in den einzelnen Verhandlungsabschnitten folgten. Die im Herbst 1957 durchgeführten Parteienverhandlungen hatten bereits Auswirkungen auf die Erstellung des Voranschlages für 1958. Sie sahen folgendes vor:

Die Belastung der Wiener Verkehrsbetriebe durch die Altpensionen wird in der Form erleichtert, daß ca 50 Millionen Schilling in einen Versicherungsvertrag mit einer Laufzeit von 16 Jahren umgewandelt werden.

Diese Absicht wurde allerdings in der Zwischenzeit einvernehm-

lich in einen Darlehensvertrag umgeändert, der den Wiener Verkehrsbetrieben durch sechs Jahre hindurch jährlich 20 Millionen Schilling zuführen soll. Der bezügliche Antrag steht auf der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung.

Die Kosten für Straßen- und Brückenbauten bei den Wiener Verkehrsbetrieben werden im Verhältnis 1 : 1 zwischen der Hoheitsverwaltung und den Verkehrsbetrieben aufgeteilt.

Die Kosten der Schneesäuberung werden im Verhältnis 1 : 1 zwischen der Hoheitsverwaltung und den Wiener Verkehrsbetrieben aufgeteilt.

Den E- und Gaswerken werden nach Vereinbarung sowohl für Strom und Gas für öffentliche Beleuchtungszwecke als auch für Instandhaltung und Betrieb der diesbezüglichen Einrichtungen höhere Tarife von der Hoheitsverwaltung zugestanden.

Von den außertariflichen Begünstigungen, die auf die Gemeinde entfallen, werden jene, die sich auf Gemeindemandatare und Fürsorgeräte beziehen, von der Hoheitsverwaltung übernommen.

Unter Berücksichtigung dieser Vereinbarungen wurde für das Jahr 1958 ein Voranschlag für die Wiener Stadtwerke erstellt, der einen Abgang von 314,311.000 Schilling vorsah, wobei der Abgang bei den Verkehrsbetrieben allein mit 173,920.000 Schilling ausgewiesen wurde. Die E-Werke veranschlagten ein Defizit von 101.067.000 Schilling, die Gaswerke von 37,255.000 Schilling und die Bestattung von 2,069.000 Schilling. Die freien Investitionen (nach Abzug der Sperrn) wurden mit 304,903.000 Schilling präliminiert, von denen bloß 28,506.000 Schilling auf die Verkehrsbetriebe entfielen.

Abgesehen von dem hohen Abgang war vor allem die Situation auf dem Investitionssektor bedrohlich geworden. Die Verkehrsbetriebe allein brauchen ein Jahresinvestitionsvolumen von ungefähr 160 bis 180 Millionen Schilling, um den Betrieb ordnungsmäßig in der bisherigen Art und Weise weiterführen zu können. Sie müßten mindestens Investitionen in der Höhe der normalen Abschreibungen decken können, was aber in den letzten Jahren trotz namhafter Subventionen der übrigen Teilunternehmungen nicht einmal annähernd der Fall war. So betrugen die Abschreibungen für die Jahre 1954 bis 1958 insgesamt 544 Millionen Schilling, im gleichen Zeitraum wurden 530 Millionen Schilling tatsächlich investiert, bzw. veranschlagt, wovon allerdings 155 Millionen Schilling durch Kredite

bedeckt werden mußten, sodaß aus Abschreibungen nur 375 Millionen Schilling stammen. Die aus Abschreibungen ermöglichten Investitionen unterschreiten somit die in Ansatz gebrachten Abschreibungen in dem genannten Zeitraum um nicht weniger als um 169 Millionen Schilling. Eine ähnliche Entwicklung zeigen auch insgesamt die Wiener Stadtwerke, wobei noch besonders hinzuzufügen ist, daß die Abschreibungen und die aus ihnen möglich werdenden Investitionen nur den normalen Anlagenverschleiß decken sollen, während der zusätzliche Bedarf, der sich aus der Konsumsteigerung bei den E- und Gaswerken und bei den Verkehrsbetrieben durch Rationalisierung des Fahrparks, der Modernisierung der Stadtbahn usw. ergibt, ebenfalls gedeckt werden müßte.

Die beiden Verhandlungspartner waren sich angesichts dieser Verhältnisse vollkommen im klaren, daß zwecks "Erleichterung der budgetären Lage der Wiener Stadtwerke kostensparende Reformen auf der Ausgabenseite und auf der Einnahmenseite eine für die Bevölkerung tragbare Tarifumgestaltung beraten werden müsse". Die Verhandlungen wurden daher im Jänner dieses Jahres mit dem Ziele einer Einigung über die notwendigen Maßnahmen wieder aufgenommen. Eine Verschärfung der Situation hat sich noch ^{Lage} dadurch ergeben, daß die Gaswerke infolge einer gänzlich geänderten ^{Lage} auf dem Kohlenmarkt und in Erfüllung früher eingegangener Verträge, die aus Vorsichtsgründen abgeschlossen werden mußten, über einen überdurchschnittlich hohen Kohlenvorrat verfügen, der beträchtliche Geldmittel bindet. Übrigens weist auch der Koks vorrat eine nie dagewesene Höhe auf, der nur langsam abgebaut werden kann. Die Gaswerke sind somit aus diesen Gründen in eine außerordentliche finanzielle Beengung hineingeraten, aus der sie nur langsam durch verschiedene Maßnahmen, unter anderem durch Veränderung zeitlicher Vertragsbestimmungen, herauskommen können. Bei den Verkehrsbetrieben sind die Verbindlichkeiten aus getätigten Waggonlieferungen weiter angestiegen, da begreiflicherweise in Fertigung befindliche Aufträge nicht storniert werden konnten.

Angesichts der besonderen Wichtigkeit einer ungestörten Weiterführung der großen kommunalen Betriebe haben die beiden Koalitionsparteien ihre Auffassung in einer gemeinsamen Erklärung niedergelegt, die auch auf große Vorhaben für die Zukunft Rücksicht nimmt und folgenden Wortlaut hat:

"Die ständig fortschreitende technische und wirtschaftliche Entwicklung erfordert von den Wiener Stadtwerken einen kontinuierlichen Ausbau, damit diese Versorgungsunternehmen den Anforderungen der Bevölkerung jeweils klaglos entsprechen können.

So müssen die Elektrizitäts- und Gaswerke ihre Produktionsanlagen erweitern und dafür sorgen, daß durch eine Verbesserung und Verstärkung der Leitungsnetze sowie durch den Bau von Umspannwerken, Reglerstationen und Gasspeichern beide Arten von Energie störungsfrei an die Konsumenten herangebracht werden. Die Umschaltung von Gleich- auf Wechselstrom soll u.a. in beschleunigtem Tempo zu Ende geführt werden.

Ferner ist dem Problem der Ausgestaltung und Verbesserung des Verkehrswesens künftighin das größtmögliche Augenmerk zuzuwenden, da besonders der sich immer mehr ausdehnende Individualverkehr Umstellungen zwingend erfordert. Die Umstellung muß systematisch und nach einem im Detail auszuarbeitenden Generalverkehrsplan erfolgen. Bis zur Erstellung dieses Planes sollen wirksame Maßnahmen zu einer Verflüssigung des Verkehrs getroffen werden.

Dazu gehört vor allem die möglichst rasche Umstellung von Straßenbahnlinien, die einen schwächeren Verkehr aufweisen und durch beengte Straßenzüge führen, auf den Autobusbetrieb, wobei mit den Linien 57, 61, 63 und 158 zu beginnen ist. Ferner ist die Modernisierung des Wagenparks, mit dem Ziele leistungsfähiger, rascher und dabei auch komfortabler zu werden, sowohl auf der Straßenbahn als auch im Autobus- und im Stadtbahnbetrieb fortzusetzen.

Das in einer zweiten Ebene bereits bestehende Stadtbahnssystem ist mit der von den Österreichischen Bundesbahnen zur Errichtung gelangenden Schnellbahn in Verbindung zu bringen und nach den südlichen und nördlichen Randgebieten auszuweiten. Über diesbezügliche Projekte, die von anerkannten Fachleuten vorzubereiten sind, ist dem Stadtsenat und dem Gemeinderat ständig zu berichten.

Mit den den Wiener Stadtwerken zur Verfügung stehenden Mitteln können diese weitgehenden Verbesserungen nicht durchgeführt werden. Es hat sich daher als unumgänglich notwendig erwiesen, den Unternehmen sowohl durch Tarifumgestaltungen und -regulierungen als auch - um die Belastung auf einen längeren Zeitraum zu verteilen - durch Kredite zusätzlich Einnahmen und Mittel zuzuführen, mit

denen sie vorerst bereits bestehende finanzielle Verpflichtungen abdecken und sodann unverzüglich und systematisch an die Realisierung der gestellten Aufgaben schreiten werden.

Die wirtschaftliche Sicherung der Wiener Stadtwerke wird die Möglichkeit schaffen, die Unternehmungen nicht nur jeweils den technischen Erfordernissen der Zeit anzupassen, sondern sie vor allem auch dazu zu befähigen, ihren Versorgungsverpflichtungen gegenüber der Bevölkerung, der sie gehören, im höchstmöglichen Ausmaße nachzukommen."

Die in Aussicht genommenen Tarifumgestaltungen und Regulierungen beziehen sich in erster Linie auf die dem Gemeinderate zugeleiteten Anträge auf Tarifänderung bei den Wiener Verkehrsbetrieben sowie bei den Wiener Gaswerken, während eine seit fast einem Jahr diskutierte Strompreiserhöhung erst dann im Wiener Gemeinderat behandelt werden soll, bis ein bundeseinheitlicher Stromtarif, an dessen Neufestsetzung seit vielen Monaten gearbeitet wird, zustande kommt.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger kommt sodan auf die am Dienstag veranstaltete Pressekonferenz zu sprechen, die er gemeinsam mit Stadtrat Slavik und den zuständigen Direktoren der Wiener Stadtwerke abgehalten hat und an der Vertreter der in- und ausländischen Presse teilgenommen haben. Die Darlegungen dieser Pressekonferenz sind in allen Wiener und auch auswärtigen Zeitungen erschienen und sind dann von vielen Institutionen, Körperschaften und auch Personen kommentiert worden. Es tauchten auch verschiedene Wünsche und Beschwerden auf. Da gerade bei dieser Tarifänderung in breitem Ausmaß nach demokratischen Prinzipien vorgegangen wurde, hat man der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, in die Verhandlungen einzugreifen. Einige ihrer Wünsche wurden berücksichtigt.

Gegenüber dem ursprünglichen Antrag ergeben sich daher einige sehr wesentliche Veränderungen.

Bei Wochenkarten kann die Rückfahrt bereits ab 13 Uhr angetreten werden, bei den neugeschaffenen Hin- und Rückfahrkarten tritt an Stelle der Zeitbeschränkung nur ein Intervall von sechs Stunden. Es ist also gleichgültig, wann die Fahrt angetreten wird.

Die Übergangswochenkarte zur Obuslinie 22 für sechs Tage wird 16.80 und für Lehrlinge 14.20 S, für fünf Tage 14 und für Lehr-

linge 11.80 S kosten.

Die Streckenkarte für Pflichtschüler wird nunmehr 23 S und jene für Hochschüler 42 S kosten.

Dementsprechend ändern sich auch die Mischpreise für diese beiden Kategorien im Monat Mai - die neuen Tarife treten am 19. Mai in Wirksamkeit - auf 21 Schilling für Pflichtschüler, bzw. 40 Schilling für Hochschüler.

Die Vorverkaufsfahrscheine für Kurzstrecken zu einem Schilling, Tagesfahrscheine zu 2 S und Hin- und Rückfahrscheine zu 3.50 S werden auch in Fünferblocks abgegeben werden.

Entscheidend bei der Tarifumgestaltung ist, daß nunmehr der seit langem gewünschte Kurzstreckentarif in einer zweifach gestaffelten Form eingeführt wird, womit einem lange gehegten Wunsch der Bevölkerung und dem Prinzip der Tarifgerechtigkeit entsprochen worden ist. Bei der Zeitbeschränkung mit 13 Uhr bei der Wochenkarte ist auf die Schichtarbeiter Rücksicht genommen. Der Kinderfahrpreis ist unverändert belassen worden, womit die Verkehrsbetriebe ihren Beitrag in familienpolitischer Beziehung leisten.

Die peripheren Autobuslinien sind in ihrer Tarifgestaltung völlig unberührt geblieben. Darüber hinaus werden, einem stark geäußerten Wunsch der Bevölkerung in den Randgebieten entsprechend, anstatt der bisher getrennten Wochenkarten für Straßenbahn und Autobus nunmehr Übergangswochenkarten geschaffen. Da die Tarife auf den peripheren Autobuslinien unverändert geblieben sind, erfahren diese Übergangswochenkarten nur eine wesentlich geringere Erhöhung. Auch auf den innerstädtischen Autobuslinien ist eine große Anzahl von Relationen unverändert geblieben. Ebenso ist der Nachttarif bei Autobussen, der Bäderverkehr für Kinder, der Messeverkehr, der Allerheiligenverkehr und der Rennplatzverkehr unverändert geblieben. Des weiteren tritt bei den Kinderfahrscheinen auf den innerstädtischen Autobuslinien und bei den Relationen auf den Autobuslinien 21 und 21 A keine Änderung ein.

Die Tarifregulierung beim Gaswerk hängt damit zusammen, daß infolge des steigenden Gaskonsums bei den derzeit bestehenden Rohrquerschnitten eine störungsfreie Gasversorgung nicht mehr gewährleistet werden kann und eine Verbesserung des Heizwertes des Gases von 4.210 auf 4.600 Kilogrammkalorien je Normalkubikmeter vorgenommen werden muß. Reihenversuche an der Technischen Hoch-

schule mit dem heizkräftigeren Gas haben den Beweis erbracht, daß der Kalorienhöhung eine gleich große, ja zum Teil sogar wesentlich höhere Gasersparnis bei den üblichen Gasgeräten gegenübersteht. Trotz der Erhöhung des Kubikmeterpreises auf 94 Groschen, bzw. 87 Groschen für gewerbliche Zwecke tritt daher eine Verbilligung der Wärmeenergie ein. Der neue Gastarif tritt ab 1. April in Kraft.

Obwohl die Versuche eine Ersparungsmöglichkeit zwischen 10 und 48 Prozent ergeben haben, rechnen die Gaswerke mit einem Mehrerlös von zirka 10 bis 15 Millionen Schilling pro Jahr. Die Verkehrsbetriebe präliminieren eine auf das Jahr berechnete Mehreinnahme von zirka 30 Millionen, wobei eine Reserve von fünf Prozent aus einem eventuellen Frequenzrückgang einkalkuliert ist. Ergibt sich dieser in der Praxis nicht, dann erhöht sich die mögliche Mehreinnahme um zirka 30 auf 60 Millionen Schilling.

Für dringende Investitionen der drei großen Unternehmungen der Wiener Stadtwerke wird diesen im Jahre 1958 ein Kredit von 250 Millionen Schilling gewährt. Weiters sind die beiden Parteien übereingekommen, daß für die Jahre 1959 bis 1963 pro Jahr weitere 250 Millionen Schilling, also insgesamt 1.250 Millionen Schilling, im Kreditwege beschafft werden, die ebenfalls für einmalige große Investitionen Verwendung finden sollen. Im besonderen ist dabei an eine weitere Steigerung der Produktionskapazität der Elektrizitäts- und Gaswerke, Ausgestaltung der Stadtbahn zu einer modernen Schnellbahn, Umgestaltung des öffentlichen Verkehrs auf der Oberfläche usw. gedacht. Sämtliche zwischen den beiden Parteien besprochenen und vereinbarten Maßnahmen einschließlich der noch folgenden Strompreisregulierung enthalten zwar noch keine volle Sanierung der Wiener Stadtwerke, aber doch eine wesentliche Verbesserung der Gesamtsituation.

Die zu beschließenden Maßnahmen sind nicht dazu angetan, irgendeine Beunruhigung auf dem Lohn- und Preissektor auszulösen; sie würden allerdings zunichte gemacht werden, wenn es innerhalb der Gemeinde Wien zu einer neuerlichen Steigerung des Personalaufwandes käme, die durch gegenläufige Maßnahmen nicht aufgefangen werden könnten.

Die dem Gemeinderat gemachten Vorschläge stellen ein gemeinsames Werk der im Wiener Rathaus seit mehr als 12 Jahren bestehen-

den Koalition dar, ein Kompromiß von ursprünglich sehr divergenten Auffassungen, die aber angesichts der gegebenen Notwendigkeiten sowohl im Interesse der Wiener Bevölkerung, für die ein gutes Funktionieren der großen kommunalen Betriebe unbedingt erforderlich ist, als auch im Interesse der Unternehmungen selbst auf einen Nenner gebracht werden mußten (Beifall bei ÖVP und SPÖ).

GR. Maller (VO) vertritt die Ansicht, daß kein Tag vergeht, an dem nicht der eine oder andere Artikel teurer wird, und erklärt, daß sich nun auch die Gemeindeverwaltung zu jenen gesellt, die die Preise erhöhen. Mit einem solchen Beschluß wird man dem kleinen braven Mann nicht die Sorgen abnehmen, wird dem Schwachen nicht geholfen, wie es auf Wahlplakaten stand, wird dem Volke nicht gedient, sondern werden dem armen, kleinen, braven Mann neuerliche Sorgen auferlegt.

Wir hören immer, in Wirklichkeit sei es keine Erhöhung der Preise, da höhere Leistungen erbracht werden. Woher kommen aber dann die 10 bis 15 Millionen Mehreinnahmen bei den Gaswerken, die 75 Millionen bei den Stadtwerken? Sie kommen von der arbeitenden Bevölkerung.

GR. Maller (VO) meint, die Tarifierhöhung werde keinesfalls eine Frequenzsteigerung herbeiführen. Gerade in den letzten Tagen habe sich aber erwiesen, daß Preissenkungen konsumsteigernd wirken, nämlich bei der Verbilligung der Butter. Man sollte doch daraus lernen. Die Tarifierhöhungen bedeuten außerdem keine Lösung für die Verkehrsbetriebe. Man könnte vielmehr andere Mittel und Wege finden, um mit den jetzigen Tarifen das Auslangen zu finden. Eine Voraussetzung dafür wären Maßnahmen zur Werbung um eine Frequenzsteigerung durchzuführen. Der Redner stellt den Antrag, die Tarifierhöhung an den Gemeinderatsausschuß für die Städtischen Unternehmungen zurückzuverweisen. Auch die Tarifierhöhung der Gaswerke sollte an den zuständigen Ausschuß zurückverwiesen werden.

Das einzig Positive bei den neuen Tarifen der Straßenbahn sei die Einführung der Kurzstrecken und die Einführung des Hin- und Rückfahr Scheines. Der Redner stellt jedoch den Antrag, die Kurzstrecke ab Betriebsbeginn zu ermöglichen, und ebenso den 1.80 Schilling-Fahr Schein ab dieser Zeit gelten zu lassen. Bei den Rückfahr Scheinen bemängelt der Redner den vorgesehene Zwischen

raum von sechs Stunden. Die Wochenkarten erfahren die empfindlichste Verschlechterung. GR. Maller stellt den Antrag, die Hin- und Rückfahrt zu jeder beliebigen Zeit und die Rückfahrt nach fünf Stunden, an Samstagen nach drei Stunden zu gestatten.

Der Redner kritisiert ferner, daß man bei der Tarifierhöhung die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund nicht gefragt habe. Man hat auch die Bevölkerung selbst nicht gefragt und vor allem auch nicht die Direktoren der Unternehmungen. Es ist überhaupt zweifelhaft, ob die Gemeinde an dem Prinzip der kostendeckenden Tarife festhalten darf. Was wir brauchen, sind Maßnahmen, um den Verkehrsbetrieben neue Fahrgäste zuführen zu können.

Heftige Kritik übt GR. Maller an der Aufnahme von Krediten, die und deren Zinsen wieder nur die Bevölkerung bezahlen muß. Er erinnert daran, daß seine Fraktion bei der Budgetdebatte eine zweckgebundene Steuer beantragt habe, die der Industrie auferlegt werden sollte. Leider wurde dies damals abgelehnt. Die Stadt Wien verschenke jährlich auch hunderte Millionen an den Finanzminister.

Der Redner beschäftigte sich dann mit den Folgen der Tarifierhöhung. Die Unternehmer und Großhändler warten nur darauf, die Preise hinaufzumerieren. Wird die Erhöhung der Tarife beschlossen, dann wird auch eine neue Preiswelle ausgelöst werden. Die Arbeiter aber brauchen höhere Löhne, um die erhöhten Tarife zu bezahlen. Die Kommunisten können den Tarifierhöhungen nicht zustimmen.

GR. Schwaiger (ÖVP) verweist auf die stürmische Gemeinderats-sitzung vor zweieinhalb Jahren, in der die Tarife der Verkehrsbe-triebe erhöht wurden. Seine Fraktion habe damals die Tarifierhöhung als ungerechtfertigt empfunden und sie daher auch abgelehnt. Sie habe damit nichts anderes getan, als ihre Pflicht als Beauftragte der Wiener Bevölkerung erfüllt. (Beifall bei der ÖVP) Seine Frak-tion habe damals eindeutig nachgewiesen, daß die als Begründung für die Tarifierhöhung angeführten Tatsachen innerbetrieblich abge-fangen werden könnten. Heute müsse festgestellt werden, daß die Tarifregulierung des Jahres 1955 restlos Schiffbruch erlitten hat. Eines steht jedoch fest, daß diese Erhöhung eine Preislawine in Österreich, nicht nur in Wien, nach sich gezogen hat. (Zwischenruf Stadtrat Slavik: Das ist eine Verdrehung der Tatsachen, diese

Erhöhungen traten schon ein halbes Jahr vorher ein, was sich an Hand von Statistiken einwandfrei nachweisen läßt! Wenn die Österreichische Volkspartei heute einer Tarifierhöhung zustimme, so geschehe dies unter ganz anderen Voraussetzungen und in einer wesentlich anderen Situation. Inzwischen hat sich die hundertprozentige Erfüllung des Gehaltsgesetzes der öffentlich Bediensteten ausgewirkt. Bei den Stadtwerken beträgt die Mehrbelastung auf dem Lohnsektor, die für alle städtischen Bediensteten zu begrüßen ist, rund 250 Millionen Schilling. Bei der Erstellung des Budgets für 1957 hat Stadtrat Nathschläger mit dem zuständigen Finanzreferenten Verhandlungen geführt und auf das zu erwartende Defizit verwiesen. Der wiederholte Wunsch der Volkspartei auf Verhandlungen mit dem Koalitionspartner wurde von den Sozialisten jedoch immer wieder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Man hat damals den Verkehrsbetrieben den 100-Millionen-Kredit verschafft, damit sie überhaupt weiter arbeiten können. Die Volkspartei habe damals einen Sanierungsplan ausgearbeitet und ihn den Sozialisten übergeben. Dieser Plan wurde als "Augenauswischerei" bezeichnet und festgestellt, daß er keine positiven Vorschläge enthalte. Dieser Sanierungsplan wurde dann einer Expertenkommission zur Überprüfung übermittelt. Diese hat fast jeden der Vorschläge als durchführbar bezeichnet. Bei einem Vergleich des Sanierungsvorschlages zu den heute zur Beschlußfassung vorliegenden Änderungen zeige sich folgendes Bild:

An dem Prinzip der Zusammengehörigkeit der drei Unternehmungen in einem einheitlichen Unternehmen dürfe nichts geändert werden. Eines müsse für das andere nötigenfalls finanzielle Lücken decken. Dem Verlangen nach Wegfall der Wegebenutzungsgebühr für die Verkehrsbetriebe wurde heute entsprochen. Die Wegebenutzungsgebühr soll rückwirkend ab April 1957 nicht mehr eingehoben werden. Der Forderung nach Stundung der Gebrauchsgebühr sowohl für das E-Werk wie auch für das Gas-Werk, die auch von der Expertenkommission bejaht wurde, wurde leider nicht entsprochen. Entsprochen wurde der Forderung nach Übernahme der Kosten für die Fahrten der Gemeindefunktionäre durch die Hoheitsverwaltung. Über das selbstverständliche Verlangen, daß die Hoheitsverwaltung dem E-Werk und Gaswerk zumindest die Selbstkosten für den von ihr verwendeten Strom bezahlt, wird in der nächsten Gemeinderatssitzung beschlossen

werden. Auch der Aufteilung der Kosten für die Schneesäuberung in einem gerechten Verhältnis wurde den Vorschlägen gemäß entsprochen.

GR. Schwaiger kommt sodann auf die Forderungen zu sprechen, die zur Lösung des Defizites bei den Wiener Verkehrsbetrieben an den Bund gestellt wurden. Es handelt sich hier um die Stundung oder Sistierung der Beförderungssteuer von 9,5 Millionen Schilling und um 49,7 Millionen Schilling für die außertariflichen Begünstigungen zu Lasten des Bundes.

Wir haben also die Forderung an den Bund gestellt, den Verkehrsbetrieben rund 60 Millionen Schilling, die sie zu tragen hatten, zu erlassen. Eine Delegation hat diese Wünsche Finanzminister Dr. Kamitz vorgetragen. Die 9 1/2 Millionen Beförderungssteuer nachzulassen, wäre dem Finanzminister nicht schwer gefallen, hinsichtlich der anderen Städte und der Bundesbahnen aber dadurch ein Präjudiz geschaffen worden. Für die außertariflichen Begünstigungen waren zum Teil das Sozialministerium und auch das Innenministerium zuständig. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß auch über diesen Weg keine Hilfe möglich war. Aber der Finanzminister hat verschiedene Andeutungen gemacht. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Sie lachen darüber, aber vielleicht werden wir doch noch einmal zum Finanzminister gehen und über einen anderen Weg reden.

Wir haben in unserem Sanierungsprogramm auch die Forderung aufgestellt, die Kosten für Verkehrsregulierungen zwischen Hoheitsverwaltung und Verkehrsbetrieben gerechter zu verteilen und werden diesbezüglich in der nächsten Gemeinderatssitzung einen entsprechenden Antrag beschließen. Weiter haben wir eine grundlegende Änderung im Investitionssystem bei den Stadtwerken verlangt und können mit Freuden feststellen, daß wir heute den ersten Schritt zu einer neuen Investitionspolitik beschlossen haben. Diese Investitionen sollen nicht einer Generation allein aufgebürdet werden. Auch haben wir verlangt, daß das Tarifsysteem attraktiver gestaltet wird und vor allem für die Einführung eines Kurzstreckentarifes raschest vorzusorgen ist. Auch das findet in der heutigen Sitzung seine Verwirklichung.

Wir haben uns die Zustimmung zu dieser Tarifierhöhung von der Sozialistischen Partei nicht abkaufen lassen, sondern wir haben nach bestem Wissen und Gewissen geprüft und entschieden. Wir freuen uns, daß die sozialistische Fraktion aus der Art der Tarifregulierung des Jahres 1955 gelernt hat, es war nur zum Nutzen und Frommen des Wiener Volkes. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hausner (VO): Wenn man die Ausführungen des Gemeinderates Schwaiger unbeeinflußt angehört hat, muß man den Eindruck gewinnen, daß sich die Volkspartei mit Händen und Füßen gegen irgendwelche Belastungen der Wiener Bevölkerung gewehrt hat und die Sozialistische Partei ihr die Zustimmung zu diesen Erhöhungen erst abringen mußte. Man muß sich fragen: Wieso kommt denn die Sozialistische Partei in eine solche Situation, daß sie mit einer solchen Demagogie vor der Wiener Bevölkerung behandelt wird? Warum war die Sozialistische Partei nicht entschlossen, die Interessen Wiens beim Bund mit jener Hartnäckigkeit zu vertreten, mit der die Volkspartei es systematisch verhindert hat, daß Wien zu seinem Recht kommt? Sagen Sie der Wiener Bevölkerung, wohin das Geld, das sie aufbringt, fließt, dann wird sie bereit sein, diese Interessen Wiens zu verteidigen. Es ist unverständlich, was die Sozialistische Partei veranlaßt, die Argumentation der Volkspartei hinzunehmen und sie als die Verteidigerin der Interessen der Wiener Bevölkerung auftreten zu lassen.

Man hätte diese Tarifierhöhung verhindern können. Nur wenn wir vom Bund verlangen, daß er seine Leistungen gegenüber der Stadt Wien erfüllt, haben wir der Wiener Bevölkerung gedient. Wenn die Sozialistische Partei weiterhin dieser Politik der Volkspartei folgt, wird ihr Vertrauen bei der Bevölkerung, das schon bisher durch die Demagogie der Volkspartei Einbußen erlitten hat, noch mehr erschüttert werden. Die Sozialistische Partei und die Arbeiterschaft haben es nicht verdient, in eine solche Situation zu geraten. Das Wichtigste, was wir haben, ist das Vertrauen der Wiener Bevölkerung. Das können wir nur behalten, wenn wir ihre Interessen gerecht vertreten. Nach Ansicht meiner Fraktion hätten wir diese Tarifierhöhungen nicht beschließen müssen, sondern andere Wege gehen können, um die Stadtwerke vor den Gefahren eines Defizits zu schützen.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) bezeichnet die Ansicht des Gemeinderates Schwaiger, daß die Tarifierhöhung des Jahres 1955 nicht notwendig gewesen wäre, als unernste Behauptung, da die Straßenbahn damit einen Betrag von 144 Millionen erhalten hat. Hat die Volkspartei, als die Sozialistische Partei im Jahre 1955 die Vorschläge für die Tarifierhöhung bei der Straßenbahn dem Gemeinderat unterbreitet hat, irgendwelche positive Gegenanschläge dazu gemacht? (GR. Schwaiger: Das wäre schon zu spät gewesen!) Sie haben nur gesagt: das ist nicht notwendig, wir stimmen dagegen. Gerade eine so große Fraktion, die noch dazu den zuständigen Stadtrat stellt, hätte uns Vorschläge unterbreiten müssen, wie man dieses Defizit ~~bedecken~~ könnte. (GR. Schwaiger: Lesen Sie die Protokolle dieser Gemeinderatssitzung nach, Herr Vizebürgermeister!) Und als wir im vergangenen Jahr abermals feststellen mußten, daß die finanzielle Situation insbesondere der Straßenbahn äußerst ungünstig geworden ist, hat Ihr Klubobmann erklärt: die Vorschläge sind da, aber wir geben sie Euch nicht, damit Ihr sie nicht abschreibt!

Ich habe aus der Rede des GR. Schwaiger ein gewisses Unbehagen herausgeföhlt, denn auch er und seine Fraktion haben anscheinend das Empfinden, daß es nicht angeht, daß alles nur die Wiener Steuerträger zu bezahlen haben. Alles, was wir heute beschließen, geht ausschließlich auf Kosten der Wiener Bevölkerung. Die Verkehrsbetriebe haben beim städtischen Finanzreferenten ein williges Ohr gefunden, während der Finanzminister weder Ihre und unsere Wünsche auf Bezahlung der Freifahrten, die die Gemeindeverwaltung für den Bund auf der Straßenbahn leistet erfüllt, noch unsere Forderung hinsichtlich der Gebrauchsgebühren. Allein die Erfüllung dieser zwei Forderungen, die von der Volkspartei ihrem Finanzminister vorgelegt worden sind, hätte den Verkehrsbetrieben einen Betrag von rund 60 Millionen gebracht.

Wir haben bei den Verhandlungen mit dem Finanzminister eine konkrete Forderung aufgestellt, die ich vor dem versammelten Gemeinderat wiederholen möchte: Ich halte es auf die Dauer für unmoralisch, daß die Bundeshauptstadt bei der Mineralölsteuer vollständig negiert wird. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Der Finanzminister hat es abgelehnt, uns den geringsten Anteil am Zuschlag zur Mineralölsteuer zu geben, aber gesagt, wenn Wien 350 Millionen Schilling gibt, dann gibt er auch 350 Millionen Schilling und es wird die Autobahn nicht vor den Toren Wiens enden, sondern bis in die Stadt geführt werden. Wenn das keine Frotzelei ist, weiß ich nicht, wie man das überhaupt nennen soll!

Daß unsere Forderung nach Beteiligung am Zuschlag zur Mineralölsteuer nur allzu berechtigt ist, geht schon daraus hervor, daß von den 1.500 Millionen Schilling, die dem Bund im Jahre 1955 und 1956 aus dem Zuschlag zur Mineralölsteuer zugeflossen sind, Wien sage und schreibe 538.000 Schilling, und von den 700 Millionen Schilling des Jahres 1957 990.000 Schilling bekommen hat. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch vollständig unhaltbar.

Man mag fragen, warum so große Aufwendungen notwendig sind, um überhaupt den Straßenverkehr zu ermöglichen. Das hängt ausschließlich mit der rasanten Entwicklung der Motorisierung zusammen. Die letzte Statistik vom 31. Juli 1957 verzeichnet nicht weniger als 180.241 Kraftfahrzeuge in Wien. Die Stadt Wien hat in den letzten Jahren nicht weniger als zehn große Verkehrsprojekte durchführen müssen. Es kann also wohl keine gerechtere Forderung geben, als die von mir aufgestellte nach Beteiligung an der Mineralölsteuer.

Vizebürgermeister Honay beschäftigt sich dann mit der politischen Seite der Tarifänderungen. Er weist darauf hin, daß die Sozialisten und auch die Volkspartei zu den Anträgen stehen müssen, die in langen Verhandlungen erarbeitet wurden. Es sei daher unverständlich, daß in Zeitungen der ÖVP nach Bekanntgabe der neuen Tarife Artikel erschienen sind, in denen davon die Rede war, daß die ÖVP einen Anschlag vereitelt habe. Der Redner stellt auch fest, daß die Erhöhung der Grundgebühr bei den Gaswerken nicht erst von der ÖVP abgewehrt werden mußte. Ebenso wenig ist es ein Verdienst der Volkspartei, daß der Preis für die Kinderfahrtscheine nicht erhöht wurde. Die Sozialisten im Wiener Gemeinderat glauben, daß es nicht angeht, wenn die ÖVP als mitverwaltende Partei nach dem süßen Brot der Opposition greifen will. In diesem Sinne ersucht der Redner um die Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates
Dkfm. Nathschläger.

GR. Lauscher (VO) hat sich während der Ausführungen von Vizebürgermeister Honay zu Wort gemeldet. Er bezeichnet die Beschlüßfassung über die Anträge als ein Zwischenspiel, das nicht zu den ruhmvollen Kapiteln des Wiener Gemeinderates gehöre. Die ÖVP hatte sich immer gegen eine Tarifierhöhung gestellt und in den letzten Monaten ein sehr schäbiges Manöver aufgeführt. Auch die SPÖ hat ursprünglich den Eindruck erweckt, sie sei gegen Tarifierhöhungen.

Der Redner wendet sich an die sozialistische Fraktion des Wiener Gemeinderates und verlangt, daß sie sich beim Finanzminister durchsetze, um die gerechten Forderungen Wiens zu verwirklichen. Durch sanfte Töne aber, wie sie Vizebürgermeister Honay gebraucht habe, lasse sich die ÖVP nicht beeindrucken. Die Argumente und das Recht sind auf unserer Seite, betont der Redner. Es ist daher notwendig, für die Interessen Wiens zu kämpfen. Die heutigen Anträge seien jedoch ein Sieg der ÖVP, denn es ist ihr gelungen, die Tarifierhöhung durchzusetzen, ohne dafür die Verantwortung zu tragen.

Die Wiener Bevölkerung, so meint der Redner abschließend, könne nach dieser Debatte klarer sehen, wohin die Entwicklung geht. Er hoffe nur, daß die Sozialisten gewisse Schlussfolgerungen aus ihren Erfahrungen ziehen werden. Diese Erfahrung aber sagt ihnen, daß man im Interesse Wiens den Kampf gegen die Volkspartei führen müsse.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger stellt in seinem Schlußwort fest, daß einige Zahlen am besten die Notwendigkeit der Tarifregulierungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufzeigen. Er verweist darauf, daß der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke von 1954 bis 1958 um rund 675 Millionen und der der Verkehrsbetriebe um rund 264 Millionen gestiegen ist, während sich der Ertrag im gleichen Zeitraum bei den Stadtwerken nur um 353 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben um 68 Millionen Schilling erhöhte. Aus dieser Diskrepanz ergab sich zwangsläufig ein Rückgang des Investitionsvolumens, das sich im Jahre 1955 noch auf 426 Millionen Schilling, 1956 auf rund 400 Millionen Schilling und 1957/58 auf je nur mehr 300 Millionen Schilling stellte. Bei den Verkehrsbetrieben konnte zum Unterschied von 1955 auf 1956, wo ca 150 Millionen für Investitionen zur Verfügung standen, für 1957 nur 70 Millionen und

für 1958 bloß 30 Millionen in Ansatz gebracht werden. Eine derartige Entwicklung greift natürlich an die Existenzgrundlagen der betreffenden kommunalen Unternehmungen und es mußte daher so rasch als möglich gehandelt werden. Die Erfüllung dessen, was heute von den kommunistischen Rednern vorgeschlagen wurde, ginge an die Grenze des Möglichen. Die Tarifregelung wurde zwischen den beiden Parteien und den zuständigen Organen auf das genaueste erstellt und es ist daher unmöglich, weiteren Anträgen zu entsprechen. Wenn von den Kommunisten bemerkt wurde, daß verschiedene Rückzieher bei den Tarifregulierungen gemacht wurden, kann man ihnen versichern, daß nicht die kommunistischen Zeitungen die Ursache dafür waren. Im übrigen müsse man darauf verweisen, daß die Verkehrsbetriebe in Prag für Berufsfahrer nur eine 17prozentige Ermäßigung gewähren, während sie in Wien rund 50 Prozent ausmacht. Bezüglich der Redner der Volkspartei, bzw. der Sozialisten möchte er nur kurz feststellen, daß er kein Historiker sei, sondern versuche, Maßnahmen für die Zukunft zu formen. Er möchte vielmehr auf die Realziffern hinweisen. So ist einem Bericht des Kontrollamtes zu entnehmen, daß die Mehreinnahmen bei den Wiener Verkehrsbetrieben gegenüber dem Jahre 1955 sich auf 91 Millionen Schilling belaufen, dagegen die Mindereinnahmen der E-Werke und der Gaswerke auf rund 60 Millionen Schilling aus den Tarifregulierungen heraus, sodaß insgesamt nur ein Plus von rund 30 Millionen Schilling resultiert. Feststeht, daß die Tarifregulierung des Jahres 1955 ziemlich enttäuscht hat.

Abschließend stellt der Referent fest, daß die monatelangen Verhandlungen der Koalitionspartner sachlich geführt wurden. Die harte Realität der Ziffern hat schließlich den Ausschlag gegeben. Es wurde alles getan, um zu einer ersprießlichen Lösung zu kommen, die von der Bevölkerung die kleinsten Opfer verlangt, die aber doch immerhin die Möglichkeit auf gewisse optimistische Ausblicke für die Zukunft gibt. Da und dort wird vielleicht noch manches zu machen sein. Im großen und ganzen könne man jedoch mit dem augenblicklich erreichten zufrieden sein. Solange die Volkspartei in diesem Hause mitzureden hat, wird sie sich immer und überall für die berechtigten Interessen der Wiener Bevölkerung und der Stadt Wien gegenüber dem Bund einsetzen. Das hat sie bisher so gehalten und wird es auch in Zukunft tun. Stadtrat Dkfm.

Nathschläger dankt allen, den Unterhändlern und den Koalitionsparteien, für das bekundete Verständnis, das sie bei den Verhandlungen aufgebracht haben.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Gemeinderates Maller zu den beiden zu behandelnden Geschäftsstücken gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Die Anträge des Referenten wurden ohne die Stimmen der VO angenommen.

Abschließend wurde der bereits anfangs erwähnte Antrag der ÖVP-Gemeinderäte Hiltl, Bittner, Zink und Genossen, betreffend Lehrmittel für Schüler an den privaten Pflichtschulen mit Öffentlichkeitsrecht behandelt. In Begründung des Antrages stellt GR. Nora Hiltl fest, daß dieser Antrag wiederholt von ihrer Fraktion eingebracht worden ist. Sie glaube jedoch, man müsse sich hier dafür einsetzen, daß auch den Eltern, die ihre Kinder in freier Wahl in eine private Schule schicken, der Bezug auf kostenlose Lehrmittel gewahrt wird. Die Dringlichkeit des Antrages liegt darin, daß wir wieder vor dem Abschluß eines Schuljahres stehen, und daß man den Eltern, die ihre Kinder in eine private Schule schicken wollen, die Sorge vor der finanziellen Belastung nehmen soll. Schließlich könne man diesen Eltern nicht eine doppelte Belastung auferlegen, da sie ja durch ihre Steuergelder auch für die Aufbringung der Lehrmittel in den öffentlichen Schulen aufkommen. Die Rednerin bittet um dringliche Behandlung dieses Antrages.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) stellt dazu fest, daß es in Österreich seit 1869 Privatschulen gibt. Bei ihrer Schaffung wurde im Gesetz festgelegt, daß sich diese Schulen auf eigene Kosten erhalten müssen. Ob diese Formulierung in Hinkunft beibehalten werden soll, werden die kommenden Schulgesetze zeigen. Im Reichsvolksschulgesetz steht wiederum, daß die Gemeinde die öffentlichen Pflichtschulen zu erhalten hat. Darüber hinaus hat die Gemeinde Wien im Jahre 1919 den Beschluß gefaßt, an die Kinder an den öffentlichen Pflichtschulen in Wien die Lehr- und Lernmittel kostenlos abzugeben. Dazu besteht keine gesetzliche Verpflichtung das ist eine zusätzliche freiwillige Leistung der Stadt Wien, die vom Jahre 1919 bis zum 12. März 1934 gegolten hat. Dann wurde sie aufgehoben. Im Jahre 1945 wurde dann wiederum ein gleichartiger

Beschluß wie vor 1934 gefaßt. Der ganze Fragenkomplex Lehr- und Lernmittel und alles, was damit zusammenhängt, gehört in den großen Fragenkomplex der Subventionierung von privaten Schulen überhaupt. Ob die Schüler subventioniert werden oder die Schulen, das ist nur ein Teil des Gesamtproblems. Vor einer bundeseinheitlichen Regelung soll man jedoch hier keine Beschlüsse fassen.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrag gegen die Stimmen der ÖVP die Dringlichkeit aberkannt. Er wurde dem Gemeinderatsausschuß III zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Schluß der Sitzung 19.05 Uhr.

- - -

"Vor 100 Jahren fielen die Basteien" bis 11. April verlängert
=====

28. März (RK) Wegen des anhaltenden starken Besuches wird die 73. Kleinausstellung im Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek "Vor 100 Jahren fielen die Basteien" bis einschließlich Freitag, den 11. April, verlängert.

Die Ausstellung ist von Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr, an Samstagen von 8.30 bis 11.30 Uhr im Neuen Rathaus, 4. Stiege, 1. Stock, Zimmer 333, allgemein und unentgeltlich zugänglich.

An Sonn- und Feiertagen sowie am Karfreitag ab 11.30 und am Karsamstag ist die Wiener Stadtbibliothek geschlossen.

- - -

Pferdenachmarkt vom 27. März
=====

28. März (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof:
11 Stück aus Bulgarien, Preis 6.60 S.

- - -